

Antragsbereich Y / **Antrag Y5**

**AntragstellerInnen:** Landesvorstand  
der Bayern SPD

**Empfänger:** Bundesparteitag

**Y5: Nie wieder ist jetzt****Nie wieder ist jetzt**

Am Samstag, 7. Oktober 2023 wurden mehr Jüdinnen  
und Juden an einem Tag ermordet als an jedem  
5 anderen Tag nach der Shoa. Mehr als 1400 Menschen  
wurden ermordet, mehr als 200 Geiseln genommen  
- darunter auch deutsche Staatsbürgerinnen und  
Staatsbürger - und unzählige Häuser zerstört. In  
diesen schwierigen Zeiten muss unser Platz an der  
10 Seite Israels sein.

Daher fordern wir:

15

- **Solidarität für Israel und alle vom Terror betroffenen Zivilist\*innen:**

Wir stehen solidarisch an der Seite Israels und allen  
Jüdinnen und Juden weltweit. Wir verurteilen den  
20 Terror der Hamas auf das Schärfste, der nicht nur  
Menschen in Israel, sondern auch Zivilist\*innen im  
Gazastreifen trifft und auch dort für den Tod un-  
zähliger Menschen sorgt und zu einer humanitären  
Notlage führt.

25

Diese Solidarität tragen wir auf die Straße. Wir

organisieren und beteiligen uns an Demonstrationen und Kundgebungen. Wir zeigen öffentlich unsere Solidarität. Unsere Kommunen verbieten  
30 die menschenverachtenden Demonstrationen von Hamas-Anhängern konsequent und gehen dagegen vor. Wir stellen uns konsequent gegen alle, die dem Staat Israel das Existenzrecht und das völkerrechtlich garantierte Selbstverteidigungsrecht absprechen.

35

40 • **Die Bekämpfung von Antisemitismus in Deutschland und Europa:**

Jüdisches Leben in Deutschland ist ein Geschenk. Wir lassen nicht zu, dass Antisemitismus in Deutschland ansteigt und Anschläge auf jüdische Einrichtungen  
45 begangen werden. Jüdische Einrichtungen müssen in ganz Deutschland einen starken Schutz durch unsere Polizei erhalten, jegliche Angriffe auf Jüdinnen und Juden müssen verfolgt und die Opfer unterstützt werden.

50

Wir stellen uns durch Kampagnen und Aufklärungsarbeit gegen Antisemitismus und fordern diese auf  
55 allen Ebenen ein.

Die Recherche- und Informationsstelle gegen Antisemitismus (RIAS) muss weiter ausgebaut werden und  
60

in den Ländern und im Bund eine Regelförderung erhalten.

Wir fordern eine Antisemitismus-Prävention in der  
65 Lehramtsbildung. Nur so können wir sichergehen,  
dass Lehrer\*innen und Multiplikator\*innen frühzeitig  
unterstützt werden.

Die deutliche Zunahme an öffentlich gezeigtem  
70 Antisemitismus, Israelfeindlichkeit und Angriffe aus  
Jüd\*innen ist ein Beispiel, wie tief dieser gesamtgesell-  
schaftlich verankert ist, unabhängig von politischer  
Ausrichtung, Religion oder Herkunft. Antisemitismus  
ist häufig Teil von verschwörungsideologischen Theo-  
75 rien, die Hass und Hetze streuen. Als SPD setzen wir  
uns für einen demokratischen Diskurs in der Politik  
ein, fordern diesen ein und unterstützen unsere  
Mitglieder dabei.

80

Kommunalpolitische Mandatsträger\*innen erleben  
antisemitische und verschwörungstheoretische Aus-  
sagen unmittelbar in ihren Kommunen und müssen  
85 darauf reagieren. Daher wollen wir gemeinsam mit  
der SGK und den kommunalpolitischen Mandats-  
träger\*innen eine Kampagne erarbeiten, die sich  
für einen demokratischen Diskurs in der Politik und  
Gesellschaft einsetzt. Wir unterstützen alle Kommu-  
90 nen, die jenen Organisationen und Gruppen den  
Zugang zu öffentlichen Räumen verwehren, die das  
Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels die  
Anerkennung verweigern.

95 Wir begrüßen die jüngsten Betätigungsverbote für  
Hamas-nahe Organisationen durch Innenministerin  
Nancy Faeser und setzen uns für die konsequente  
Ausschöpfung des Rechtsrahmens bei der Bekämp-  
fung antisemitischer und israelfeindlicher Straftaten  
100 ein. Entscheidend ist es aber auch, dass antise-  
mitische Tatmotive durch Behörden auch erkannt  
werden. Wir fordern daher eine detaillierte Ori-  
entierungshilfe mit einem scharfen begrifflichen  
Referenzrahmen, um antisemitische Taten auch als  
105 solche zu dokumentieren.

Aufklärung, Prävention und ordnungspolitische Maß-  
nahmen müssen sich ergänzen. Aus diesem Grund  
stellen wir auf allen staatlichen Ebenen ausreichend  
110 Mittel zur Eindämmung des Antisemitismus bereit.

• **Verbindungen durch Städtepartnerschaften  
115 und Austauschprogramme stärken:**

Wir setzen uns für die Initiierung von Städtepart-  
nerschaften zwischen deutschen und israelischen  
Städten ein und fördern diese. Wir fordern unsere  
sozialdemokratischen Bürgermeister\*innen und  
120 kommunale Mandatsträger\*innen auf, Städte- und  
Gemeindepartnerschaften mit israelischen Kommu-  
nen einzugehen.

Wir setzen uns ein für Austauschprogramme in der  
125 Jugendarbeit, der Ausbildung und im Sport. Die Ge-  
schichte Israels und Deutschlands sind zwei Seiten ei-  
ner Münze und nur wer beide Seiten kennt, kann sie  
verstehen. Deshalb setzen wir uns ausdrücklich für

die Verständigung zwischen den Menschen in beiden  
130 Ländern ein.

### **Begründung**

Der 7. Oktober 2023 ist der tödlichste Tag in der  
Geschichte Israels, an dem die Menschen in Israel  
135 einem brutalen Terror ausgeliefert waren, der die  
weitere Entwicklung in der Region prägen wird. Die  
Hinrichtung, Folter, Vergewaltigung und Demütigung  
wehrloser Bürger\*innen sowie ihre Verschleppung  
und die Zerstörung ihrer Häuser ist ein schrecklicher  
140 Terror gegen die Menschen in Israel. Die Terrororga-  
nisation Hamas brachte mit diesem Anschlag jedoch  
nicht nur Leid nach Israel, sondern auch zu den Men-  
schen im Gazastreifen. Israel hat das völkerrechtlich  
verbriefte Recht, sich gegen den Terror, der Ihnen  
145 angetan wurde, zu wehren. Gleichzeitig nimmt die  
Hamas und die weiteren Terrororganisationen im  
Gazastreifen den Tod von Zivilist\*innen billigend hin.  
Dieser Anschlag war sorgfältig vorbereitet worden,  
doch es wurden keine Maßnahmen für die Menschen  
150 in Gaza getroffen. Gelder flossen in Kampfmittel,  
aber nicht in den Schutz und die Versorgung der  
Menschen im Gazastreifen. Stattdessen werden  
palästinensische Zivilist\*innen sogar von der Hamas  
auf Fluchtrouten aufgehalten, als zivile Schutzschilde  
155 benutzt und humanitäre Hilfsgüter der UN werden  
durch die Hamas gestohlen.

160 Die Bundesregierung hat in diesen Tagen eine beson-  
dere Verantwortung gegenüber Israel, gegenüber Zi-  
vilist\*innen in diesem Krieg und jüdischen Menschen

in Deutschland. Diese Verantwortung müssen wir anerkennen und einfordern.